

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 01.10.2021, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:20 Uhr**

	Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Bericht der Verwaltung	6
3. Aktuelle Corona-Lage	7
4. Erstellung eines Gesamtkonzeptes "Gelingende Strukturen für eine älter werdende Gesellschaft im Kreis Warendorf gestalten"	196/2021 9
5. Rahmenleistungsbeschreibungen für die Durchführung von Schulbegleitung an Regel- und Förderschulen im Kreis Warendorf	211/2021 10
6. Abschluss einer Vereinbarung über den Bau eines Radweges entlang der L 520 in Everswinkel zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Everswinkel	223/2021 11
7. Bewerbung als LEADER-Region für die Förderperiode 2023-2027	227/2021 12
8. Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie	095/2021 13
9. Tarifmaßnahmen zum 01.08.2022 im ÖPNV	229/2021 14

- |            |   |                 |           |
|------------|---|-----------------|-----------|
| <b>10.</b> | Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2023 und 2024   | <b>231/2021</b> | <b>16</b> |
| <b>11.</b> | Delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Ahlen zur Sicherstellung des ÖPNVs in der Stadt Ahlen                     | <b>233/2021</b> | <b>17</b> |
| <b>12.</b> | Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI - Aufgaben des Rechtsamtes   | <b>249/2021</b> | <b>18</b> |
| <b>13.</b> | Antrag der Kreistagsfraktion Die FRAKTION zur Ausweisung der Freiwilligkeit bzw. Pflichtigkeit und des Rechtsbindungsgrades im Haushaltsplan 2022 | <b>246/2021</b> | <b>19</b> |
| <b>14.</b> | Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Zusendung vollständiger Unterlagen vor Ausschuss-Sitzungen                                 | <b>252/2021</b> | <b>20</b> |

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>
Gericke, Olaf, Dr.
<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>
Bas, Ali
Blex, Christian, Dr.
Blömker, Franz-Ludwig
Diekhoff, Markus
Gerwing, Theresia
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Kaup, Winfried
Kocker, Dennis
Möllmann, Rolf
Nienkemper, Dorothea
Schlösser, Ulrich
Schulze Westhoff, Stephan
Tegelkämper, Paul
vor dem Gentschenfelde, Xenia
Westerwalbesloh, Florian
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi-Rusche, Anna, Dr.
Bleicher, Herbert, Dr.
Funke, Stefan, Dr.
Heuermann, Wiebke
John, Kai
Klausmeier, Brigitte
Schreier, Petra

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>
Luster-Haggeney, Rudolf
Schulte, Stephan

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, Frau Dr. Arizzi Rusche, die Vertreter der Presse sowie die Gäste.

Landrat Dr. Gericke händigt Frau vor dem Gentschenfelde und Herrn Tegelkämper ihre Ernennungsurkunden aus und vereidigt sie.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 20.09.2021 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Auf die Frage nach Einwendungen gegen die Tagesordnung meldet sich kein Ausschussmitglied zu Wort.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

## 2. Bericht der Verwaltung

LR Dr. Gericke berichtet, dass Herr Marc Harenkamp sein Kreistagsmandat aus persönlichen Gründen niedergelegt hat. Da Frau da Silva, als erste Nachrückerin, auf ihr Mandat verzichtet, wurde Herr Marian Husmann als nächster Nachrücker angeschrieben und gefragt, ob er das Kreistagsmandat annimmt. Herr Husmann hat sein Kreistagsmandat angenommen und ist somit neues Kreistagsmitglied.

Frau Schreier berichtet, dass die Kreisverwaltung für ihre Beschäftigten das Dienstradleasing einführen möchte. Dies würde bereits stark nachgefragt und bringe auch viele Vorteile mit sich. Die Präsentation liegt als Anlage bei.

Auf Rückfrage von Herrn Gutsche (CDU) erklärt Frau Schreier, dass es keine bestimmten Anforderungen / Voraussetzungen für die Anschaffung eines Dienstrades geben würde. Das Fahrrad dürfe auch privat genutzt werden. Es gäbe verschiedene Fahrradarten, die beschafft werden dürften. Ausgeschlossen sei jedoch ein Speedpedelec mit 45km/h. Darüber hinaus erklärt sie, dass das Finanzamt ein Dienstradleasing für Beamte auf Grund monetärer Aspekte ablehnen würde. Für Beamte solle daher eine hausinterne Lösung gefunden werden, wie z.B. ein Gehaltsvorschuss.

Auf Rückfrage von Herrn Dr. Blex (AfD) erklärt Frau Schreier, dass es sich bei dem genannten Zuschuss von 110 € pro Monat um einen fiktiv berechneten Durchschnittswert handeln würde.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Diekhoff (FDP), Herr Kocker (SPD), Frau Grap (Grüne) und Herr Schlösser (Grüne). Insgesamt stehe man dem Dienstradleasing positiv gegenüber. Es werde auch angemerkt, dass die Möglichkeit des Dienstradleasings in der Privatwirtschaft bereits häufig angewendet werde.

Herr Dr. Blex (AfD) kritisiert, dass der genannte Aspekt der Gesundheitsförderung nur bedingt korrekt wäre, da davon ausgegangen werden könne, dass bereits alle Mitarbeiter ein privates Fahrrad besitzen würden.

Herr Dr. Gericke berichtet, dass sich die Fahrräder sich in den letzten Jahren immer weiterentwickelt hätten und es daher verschiedene Ausführungen gäbe. Das Angebot könne einen Anreiz bieten, sich z. B. ein gutes, neues E-Bike zu beschaffen.

### 3. Aktuelle Corona-Lage

Frau Dr. Arizzi Rusche berichtet über die aktuelle Corona-Lage. Derzeit befänden wir uns in der 4ten Welle (die Präsentation liegt als Anlage bei). Ab dem 10.11.2021 werden die Tests in den Teststellen kostenpflichtig. Es werde davon ausgegangen, dass dann viele Teststellen geschlossen würden. Auch die Teststelle am Kreishaus werde dann geschlossen.

LR Dr. Gericke bedankt sich bei Frau Dr. Arizzi-Rusche und auch bei allen Mitarbeitern und Unterstützern, die im Impfzentrum ausgeholfen haben.

Herr Dr. Blex (AfD) berichtet, dass es durchaus kritische Stimmen gegen eine Coronaimpfung gäbe, da es auch trotz einer Impfung zu schweren Krankheitsverläufen kommen könnte. Er kritisiert die Verwendung des Begriffes „Corona-Leugner“. Es sei eine persönliche, individuelle Abwägung und Entscheidung, trotz des zum Teil vorliegenden Impfwanges, wenn man sich nicht impfen lassen möchte.

Herr Gutsche (CDU) spricht sich für eine Impfung aus und wirbt für diese. Die Nebenwirkungen seien verschwindend gering. Die Gesellschaft könnte es sich nicht leisten, noch einmal „still“ zu stehen.

Herr Gutsche (CDU), Frau Nienkemper (FWG) und Frau Grap (Grüne) richten ihren Dank an die Verwaltung und an alle, die in den vergangenen Monaten so tatkräftig im Impfzentrum gearbeitet hätten und dadurch den Kreis Warendorf gut durch die Pandemie gebracht hätten.

Frau Dr. Arizzi-Rusche erklärt, dass kein Impfstoff zu 100 % schützen würde. Es erkranken durchaus auch Menschen, die geimpft wurden. Jedoch sei der Verlauf deutlich schwächer. Sie hätte lediglich gesagt, dass es Menschen gibt, die sich nicht impfen lassen wollen und dass einige davon, nicht alle, „Corona-Leugner“ seien. Dies sei bekannt.

Frau Nienkemper (FWG) betont, dass jede Impfung dazu beitragen würde, dass das normale Leben immer weiter wiederaufgenommen werden könne.

Durch den zeitnah entwickelten Impfstoff sei es laut Frau Grap (Grüne) möglich gewesen, sich relativ schnell aus der Pandemie „rauszuimpfen“.

Herr Dr. Blex (AfD) betone, dass die Krankenhauskapazität nie überlastet gewesen sei. Er fragt bezüglich der „falsch positiven Rate“ nach, ob die Begriffsverwendung nicht fehlerhaft sei. Dies verneint Frau Dr. Arizzi-Rusche.

Herr Berkhoff (CDU) fragt nach Möglichkeiten, wie die noch ungeimpften Personen erreicht werden können.

Frau Dr. Arizzi-Rusche erklärt das versucht werde, den Impfstoff zu den ungeimpften Personen „zu bringen“. Der Impfstoff solle in die Städte / Orte gebracht werden und dort für Ungeimpfte leicht zugänglich sein. Es würde Informationsmaterial in ver-

schiedenen Sprachen bereitgestellt. Wichtig sei auch, dass im privaten Bereich für eine Impfung geworben werde.

Herr Baş (Grüne) berichtet, dass die vielen Versuche von Seiten der Verwaltung gut angenommen werden würden.

Herr Dr. Funke führt die Präsentation weiter. Er berichtet über die finanzielle Belastung durch Corona im Kreishaushalt 2021.

Herr Kocker (SPD) regt an, dass zukünftig in der Coronapräsentation die Einnahmeverluste z.B. durch weniger Einnahmen bei den Bußgeldern, anders dargestellt werden sollten.

4.	<b>Erstellung eines Gesamtkonzeptes "Gelingende Strukturen für eine älter werdende Gesellschaft im Kreis Warendorf gestalten"</b>	<b>196/2021</b>
----	---	-----------------

LR Dr. Gericke berichtet über den geänderten Beschlussvorschlag.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung eines Gesamtkonzeptes „Gelingende Strukturen für eine älter werdende Gesellschaft im Kreis Warendorf gestalten“ im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung zu vergeben.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>5.</b>	<b>Rahmenleistungsbeschreibungen für die Durchführung von Schulbegleitung an Regel- und Förderschulen im Kreis Warendorf</b>	<b>211/2021</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorbereiteten Rahmenleistungsbeschreibungen für die Durchführung von Schulbegleitung an Regel- und Förderschulen im Kreis Warendorf an geeigneter Stelle (Amtsblatt, Internetseite des Kreises Warendorf) zu veröffentlichen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>6.</b>	<b>Abschluss einer Vereinbarung über den Bau eines Radweges entlang der L 520 in Everswinkel zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Everswinkel</b>	<b>223/2021</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Dem Abschluss einer Vereinbarung über den Bau eines Radweges entlang der L 520 in Everswinkel zwischen dem Kreis Warendorf und der Gemeinde Everswinkel wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>7.</b>	<b>Bewerbung als LEADER-Region für die Förderperiode 2023-2027</b>	<b>227/2021</b>
-----------	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf stimmt einer Bewerbung mit den angehörigen Kommunen der 8Plus-Region als LEADER-Region und ggf. weiterer Kommunen für die kommende Förderperiode 2023-2027 zu.
2. Der Kreis Warendorf trägt die Regionale Entwicklungsstrategie mit und unterstützt und gestaltet aktiv die prozessorientierte Umsetzung.
3. Die anteiligen Kosten für die Bewerbung in Höhe von rd. 2.000 € werden in 2021/2022 bereitgestellt. Die Mittel werden zur Abrechnung der Begleitung des Bewerbungsprozesses, für die Fortschreibung der Regionalen Entwicklungsstrategie, für die Öffentlichkeitsarbeit usw. dem Verein 8Plus-VITAL.NRW im Kreis Warendorf e. V. zur Verfügung gestellt.
4. Im Falle einer erfolgreichen LEADER-Bewerbung beteiligt sich der Kreis Warendorf anteilig an den anfallenden Kosten für das Regionalmanagement (Personal, Öffentlichkeitsarbeit, etc.) und für Projekte.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8. Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie</b>
--

<b>095/2021</b>
-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Nachhaltigkeitsbericht auf Grundlage des Berichtsrahmens nachhaltige Kommune (BNK) zu erstellen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**9. Tarifmaßnahmen zum 01.08.2022 im ÖPNV**

**229/2021**

Herr Dr. Bleicher berichtet über die Vorlage und die Tarifmaßnahmen im ÖPNV. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass die Entscheidung in den Tarifgremien einstimmig erfolgen müsse. Wenn dies nicht der Fall sei, folge ein sehr kompliziertes und aufwendiges Verfahren. Er berichtet, dass es ein sogenanntes „Flexticket“ in der Pilotphase geben solle. Der ÖPNV sei bereits teurer geworden und würde auch in Zukunft noch teurer werden. Dies hänge u. a. mit verschiedenen Rahmenbedingungen zusammen.

Herr Schlösser (Grüne) beantragt, über die Beschlussvorschläge getrennt abzustimmen.

Frau Nienkemper (FWG) und Herr Schlösser (Grüne) sprechen sich jeweils gegen den ersten Beschlusspunkt aus.

Herr Dr. Funke erklärt, dass der Zuschuss des Kreises an den RVM steigen würde, wenn die Erlöse nicht erzielt werden würden. Im Anschluss wachse dann die Kreisumlage und dadurch die Belastungen für die Städte und Gemeinden. Dies würde bei manchen Städten und Gemeinden auch dazu führen, dass die Steuerhebesätze angepasst werden müssten.

Auf Rückfrage von Frau Nienkemper (FWG) erklärt Herr Dr. Bleicher, dass der Kreis Borken in dieser Angelegenheit bereits eine Entscheidung getroffen habe.

Herr Gutsche (CDU) merkt an, dass es durchaus einfacher wäre, den Beschluss abzulehnen, da an sich keiner die damit zusammenhängenden Kosten bezahlen möchte. Es sei wichtig, dass der Flächenansatz angepasst und besser werden würde, damit nicht um die angekündigten 2 % erhöht werden müsse.

LR Dr. Gericke betont, dass das Verfahren ohne die Zustimmung deutlich komplizierter werden würde. Dieses Thema eigne sich nicht für eine Grundsatzdebatte darüber, ob die Kosten den Bürgern auferlegt werden sollten oder nicht.

Herr Diekhoff (FDP) erklärt, dass die Debatte, wer die Kosten tragen soll, auf anderen Ebenen geführt werden müsse. Es gäbe auch Preisanhebungen, wenn nicht zugestimmt werden würde.

Herr Kocker (SPD) kündigt an, dass sich seine Fraktion bei der heutigen Entscheidung über den ersten Beschlussvorschlag enthalten werde. Dies bedeute jedoch nicht, dass sie im Kreistag genauso abstimmen würden.

Beschlussvorschlag:

1. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises Warendorf in den Tarifgremien wirken auf eine moderate Preiserhöhung ab dem 01.08.2022 hin. Dabei sollte eine durchschnittliche lineare Erhöhung von bis zu 2 % möglichst nicht überschritten werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen  
Ja: 8 (FDP, CDU)  
Nein: 4 (Grüne, FWG)  
Enthaltungen: 4 (SPD, FRAKTION)

2. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises Warendorf in den Tarifgremien setzen sich für die Überführung des JobTicket-Piloten in den Regelbetrieb zum 01.08.2022 ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

<b>10.</b>	<b>Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2023 und 2024</b>	<b>231/2021</b>
------------	--	-----------------

Herr Dr. Bleicher berichtet über die Vorlage.

Herr Bas (Grüne) fragt nach, ob es Anpassungen / Änderungen im Bereich des Abendbusses in Ahlen gegeben habe und ob weitere Änderungen vorgesehen wären.

Herr Dr. Bleicher gibt folgende Antwort zum Protokoll:

Auf der S35 von Warendorf nach Ahlen gibt es von Montag bis Freitag täglich vier zusätzliche Fahrten: 6:13h, 09:33h, 11:33h und 19:33h, in Gegenrichtung drei Fahrten: 10:35h, 12:35h und 19:35h.

Am Samstag fährt die S35 von Warendorf nach Ahlen nun zwischen 09:33h und 17:33h im Stundentakt als regulärer Bus, in Gegenrichtung zwischen 09:35h und 17:35h ebenfalls. Vorher war dies ein Taxibus im Zwei-Stunden-Takt mit kürzerem Bedienungszeitfenster.

Die R51, die im Umlaufverbund mit der S35 fährt, hat auf der Verbindung Ahlen-Vorhelm-Tönnishäuschen zwei zusätzliche Fahrten bekommen: 10:18h und 12:18h. In Gegenrichtung sind es zwei zusätzliche Fahrten um 10:00h und 12:00h.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Dem dargestellten vorläufigen Leistungsangebot sowie den dazu ggf. erforderlichen Anpassungen des Nahverkehrsplans wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ZVM Bus das wettbewerbliche Verfahren durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

11.	<b>Delegierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Ahlen zur Sicherstellung des ÖPNVs in der Stadt Ahlen</b>	<b>233/2021</b>
-----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Warendorf schließt mit der Stadt Ahlen die im Entwurf beigefügte Vereinbarung zur Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Ahlen.
2. Die Vereinbarung kann nach Maßgabe der Bezirksregierung als genehmigender Behörde sowie nach Änderungserfordernissen aufgrund der parallel stattfindenden politischen Beratungen in der Stadt Ahlen und beim Kreis Warendorf, sofern diese zu keiner wesentlichen Änderung führen und von beiden Vertragspartnern einvernehmlich anerkannt werden, angepasst werden.
3. Die Vereinbarung wird im Amtsblatt der Bezirksregierung Münster bekannt gemacht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

12.	<b>Anfrage der Kreistagsfraktion Die FRAKTION DIE LINKE ./ Die PARTEI - Aufgaben des Rechtsamtes</b>	<b>249/2021</b>
-----	--	-----------------

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

<b>13.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Die FRAKTION zur Ausweisung der Freiwilligkeit bzw. Pflichtigkeit und des Rechtsbindungsgrades im Haushaltsplan 2022</b>	<b>246/2021</b>
------------	--	-----------------

Frau vor dem Gentschenfelde (FRAKTION) erklärt den Hintergrund des Antrages. Sie führt als Beispiel auf, dass der Kreis Coesfeld im Haushaltsplan ausweisen würde, welche Leistungen freiwillig oder verpflichtend seien.

Herr Dr. Funke erklärt, dass es leider nicht einfach differenziert und kenntlich gemacht werden könne, bei welcher Leistung es sich um freiwillige oder verpflichtende Leistungen handeln würde.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt

<b>14.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen - Zu- sendung vollständiger Unterlagen vor Ausschuss-Sitzungen</b>	<b>252/2021</b>
------------	--	-----------------

Herr Schlösser (Grüne) erklärt kurz den Hintergrund des Antrages.

In den meisten Fällen lägen die schriftlichen Antworten zu einem Antrag / einer Anfrage zu den Sitzungen vor. Es wäre jedoch schön, wenn diese bereits vorab oder zeitnah im Anschluss an die Sitzung eingestellt werden würden.

Herr Kocker (SPD) fragt nach, ob die Einladungen nicht generell noch etwas frühzeitiger verschickt werden könnten, sodass alle Einladungen vor der ersten Sitzung der beginnenden Sitzungsperiode vorlägen.

Herr Westerwalbesloh (SPD) richtet eine Bitte an alle Fraktionen. Er bittet darum, dass ggf. eine Absprache innerhalb der Fraktionen getroffen werde, Anträge/Anfragen nur bis z.B. drei Tage vor einer Sitzung stellen zu können. Alle Fraktionen müssten sich dann etwas mehr disziplinieren.

Frau Grap (Grüne) erklärt, dass das Ziel eines Antrages sei, frühestmöglich einen relativ hohen Wissensstand zu erhalten. Sie befürwortet den Vorschlag von Herrn Westerwalbesloh, untereinander eine Einreichungsfrist zu vereinbaren.

LR Dr. Gericke erklärt, dass die Verwaltung sich an die Versendungsfrist orientieren müsse und sich nicht nach Fraktionssitzungen richten könne. Eine Vorlage könne erst im System hochgeladen werden, nachdem sie von allen unterschrieben worden sei. Sobald eine Vorlage im Netz hochgeladen würde, wäre sie Teil der öffentlichen Debatte.

Herr Gutsche (CDU) spricht sich ebenfalls für eine Einreichungsfrist aus. Er berichtet, dass die CDU Arbeitsgruppen gebildet habe und Teilfraktionssitzungen abhalten würde, um eine zeitgerechte Beratung vor den Sitzungen sicher zu stellen. Er regt an, dass Antworten auf eine Anfrage zeitgerecht versendet würden, sofern die Anfrage auch zeitgerecht gestellt würde.

LR Dr. Gericke berichtet, dass es in den letzten 15 Jahren bisher keine Beschwerden gab, dass Unterlagen unvollständig seien. Sofern ein Bericht fertig sei, könne versucht werden, diesen früher hochzuladen. Nicht zu jeder Sitzung sei eine Präsentation jedoch 3 Tage vorher fertig. Er lege Wert darauf, dass die Präsentationen weiterhin korrekt und vollständig seien und nicht nur aus Grafiken bestehen würden. Eine Sitzung solle weiterhin auch Informationen bringen.

Frau Grap (Grüne) erklärt, dass die Intention des Antrages darin läge, dass die Sitzungsvorbereitung für alle erleichtert und effizienter werde. Sie fragt an, ob die Verwaltung einen Verwaltungsvorschlag vorbereiten könne und dieser anschließend ggf. im Ältestenrat diskutiert werde.

LR Dr. Gericke erklärt, dass probiert werde, umfangreiche Präsentationen vorab hochzuladen, sofern sie früher vorliegen würden. Dennoch diene eine Präsentation der Visualisierung einer Vorlage und müsse in diesem Zusammenhang auch so aussagekräftig sein, dass sie für die Beschlussfähigkeit berücksichtigt werden könne.

Frau Klausmeier berichtet über ein Beispiel aus dem Bereich des Jobcenters.

Frau vor dem Gentschenfelde (FRAKTION) erklärt, dass sie es so verstanden hätte, dass es nur um das Einstellen der Vorlagen ginge, die vorher fertig seien. Es bestände dazu jedoch keine Verpflichtung.

Frau Nienkemper (FWG) bedankt sich für den Antrag, da so dieses Thema diskutiert werden würde. Bei den Vorlagen fehle ihr manchmal ein roter Faden. Es wäre wünschenswert, wenn das Kernthema in den Vorlagen genannt werden würde. Power Point Präsentationen (PPP) würden schnell an Aktualität verlieren, weswegen sie es bevorzugen würde, wenn die PPP zeitnah nach der Sitzung eingestellt werden würden und nicht erst mit dem Protokoll. Nur dann könnten sie frühzeitig nachdiskutiert werden.

Herr Westerwalbesloh (SPD) regt an, eine Tagesordnung, die auch schon deutlich vor der offiziellen Versandfrist fertig sei, früher zu versenden bzw. freizugeben. Eine interfraktionelle Gesprächsrunde unter Beteiligung der Verwaltung könnte über entsprechende Aspekte diskutieren.

Herr Gutsche (CDU) sieht grundsätzlich keinen Dissens. Es ginge lediglich um die Vorlagen und dass diese eine kurze Zusammenfassung des Sachverhaltes beinhalten sollten. Es bittet um zeitnahe Einstellung der Unterlagen, unabhängig vom offiziellen Protokoll.

LR Dr. Gericke erklärt, dass es bisher noch nie Kritik an der Qualität der Vorlagen gegeben habe. Es sei wichtig, dass zwischen Entscheidungs- und Berichtsvorlage unterschieden werde. Er betont, dass KTM auch ein Fragerecht hätten.

Herr Schlösser (Grüne) erklärt, dass der Antrag zurückgezogen werde. Sofern zukünftig noch Probleme auftreten sollten, könne dann erneut darüber gesprochen werden. Ggf. auch im Ältestenrat. Er betone, dass dennoch der dringende Wunsch bestände, die Antworten schriftlich zu erhalten.

LR Dr. Gericke bittet darum, dass bei bestehendem Diskussionsbedarf besser ein Tagesordnungspunkt angemeldet werden könne, anstatt einer Anfrage. Dann hätten alle Beteiligten mehr Zeit sich auf das Anliegen vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:** Antrag zurückgezogen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:23 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Stefan Funke  
Schriftführer

